Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 8.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 59. | Halle, Sonnabend, den 5. Februar 1921. | Einzelpreis 20 Pfg.

Handwerkerfragen im Reichstage.

Brüssel und London.

-er. **Berlin**, 4. Februar 1921.

Staatssekretär Bergmann weilt wieder in Berlin. Er hat sofort nach seiner Ankunft aus Paris dem Reichsfinanzminister Bericht erstattet, er hat mit dem Reichskanzler und mit Dr. Simons gesprochen, und dem Kabinett obliegt es nun, auf Grund der Parteienerklärung des Reichstags festzustellen, welche Antwort auf die alliierte Note erteilt werden soll. In ungefähr zehn Tagen soll diese Antwort, die voraussichtlich in der Form von Gegenvorschlägen abgefaßt wird, fertig sein. Staatssekretär Bergmann soll bei den Beratungen zugezogen bleiben, weil man auf seinen Rat großes Gewicht legt. Schon aus diesem Grunde können die Brüsseler Verhandlungen, deren Wiederbeginn ursprünglich auf den 7. Februar anberaumt war, vorläufig nicht fortgesetzt werden. Der Staatssekretär hat zwar durchaus keine Absage der Entente, sondern eine ausdrückliche Einladung an die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Brüsseler Konferenz mitgebracht, aber in maßgebenden politischen Kreisen neigt man jetzt der Ansicht zu, daß es keinen Wert hat, in Brüssel über die Möglichkeiten der Wiedergutmachung zu verhandeln, solange ein mit dem Versailler Vertrag in krassem Widerspruch stehendes Diktat der Alliierten vorliegt. Erst wenn die ernste Lage durch mündliche Aussprache in London entspannt sein wird, können die Sachverständigen weiterreden. Die französische Presse hat ja unterdessen alles getan, um die Spannung zu vergrößern. Vorab der „Temps" verlangt ohne weiteren Verzug eine Verständigung unter den Alliierten, welche die Strafmaßnahmen in Anwendung bringe, zunächst: Einführung eines besonderen Zollregimes in den besetzten Gebieten, was nach Artikel 270 des Versailler Vertrages erlaubt sei. Eine ganz ungeheuerliche Rechtsverdrehung! Artikel 270 sieht ein Zollregime vor, um „die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung zu wahren", aber nicht, um das Deutsche Reich wegen Widerspenstigkeit zu bestrafen. Um den Ton zu verschärfen, scheut der „Temps" auch vor neuer Säbelrasselei nicht zurück. Er spricht von deutschen Revanchepredigern und von naher Kriegsgefahr. Um diesen Unsinn vor den Verbündeten zu entschuldigen, werden die finanziellen Wunden Frankreichs entblößt. Frankreich mußte schon in diesem Jahre ein beträchtliches Kapital finden. Mit einer einfachen deutschen Jahreszahlung sei ihm nicht gedient. Selbst wenn die Exportsteuer sofort eine Milliarde oder noch mehr Goldmark ergeben würde, würde Frankreich zuzüglich der 2 Milliarden Goldmark der ersten Jahresrate nur eine Summe erhalten, die beträchtlich geringer sei, als die 16 Milliarden Franken, die sein Defizit ausmacht und sein Budget erfordere. Man müsse also schon von diesem Jahre ab einen Teil der Summen, die in den nächsten Jahren zahlbar seien, flüssig machen. Man muß Anleihen auf die zukünftigen deutschen Zahlungen im Ausland aufnehmen. Nach dem Vertrage könne Deutschland selbst solche Anleihen aufnehmen, mit denen es später seine Jahresraten zahlen könnte. Man würde Deutschland schon dazu zwingen, daß es durch „Reformierung seiner Finanzen" zahlungsfähig würde, wenn es widerspenstig und zahlungsunfähig sei, wie der Ton der deutschen Presse beweise. Wenn die Alliierten bereit seien, gemeinsam den Zwang anzuwenden, sozusagen automatisch, dann müsse man sofort davon sprechen, die deutsche Schuld zu mobilisieren. Welcher „Zwang" ist da gemeint? Um der deutschen Regierung eins auszuwischen, wird Dr. Simons dahin geschulmeistert, daß die in der alliierten Note erwähnten Strafmaßnahmen sich nicht, wie er denke, auf die Entwaffnung, sondern ebenso auch auf die Wiedergutmachungen beziehen. Daneben arbeitet die Pariser Presse eifrig mit den geheimnisvollen Sanktionen, die Briand und Lloyd George zur Sicherung ihrer Vorschläge, die nichts anderes seien als Bedingungen, vereinbart hätten. Es wird angedeutet, daß Staatssekretär Bergmann wisse, um was es sich handle. Wenn der deutsche Regierungsbeamte diese drohenden Sanktionen kennen würde, hätte er längst dafür gesorgt, daß die ganze deutsche Oeffentlichkeit erfährt, was da noch alles im Hinterhalt steckt. Leider ist es noch strengstes Geheimnis des Obersten Rates, der sich einen besonderen Bluff, wie es scheint, für London aufsparen will. Die deutsche Regierung darf sich, nachdem sie gesehen hat, wie einig die Parteien von rechts bis links in ihrem Unannehmbar sind, auf keinen Fall einschüchtern lassen.

Deutscher Reichstag.

66. Sitzung. Freitag, 4. Februar, 11 Uhr vormittags.
Bei sehr schwach besetztem Hause kommen zunächst

Kleine Anfragen

zur Erledigung.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Philipp (Dn.) nach der Zahl der heute noch in Rußland befindlichen deutschen Kriegsgefangenen wird vom Regierungstisch geantwortet, daß bei den unzulänglichen Verkehrsverhältnissen die genaue Zahl noch immer nicht festzustellen sei.

Die beabsichtigte Verlegung des Zentralnachweisamtes für Kriegergräber und Kriegerverluste nach Spandau wird damit begründet, daß die bisherigen Räume ungeeignet und zu beschränkt waren.

Abg. Dr. **Helfferich** (Dn.) bringt zur Sprache, daß der Leiter eines Sammellagers der Reichswolle-Aktien-Gesellschaft von einem süddeutschen Industriellen ein Schmiergeld von 100 Mark für eine Mittelsperson zur Stellung eines Wagens verlangt hat und deshalb ernstlich verwarnt worden ist.

Ein Regierungsvertreter antwortet, das Wirtschaftsministerium schreite gegen das Schmiergelderunwesen mit allen Mitteln ein. Die Untersuchung des Verkehrsministeriums in der fraglichen Angelegenheit ist noch nicht abgeschlossen.

Auf eine Anfrage der Abg. Frau Müller-Ostrich (Dn) wegen der widerrechtlichen Festhaltung deutscher Kriegsgefangener in Rumänien wird regierungsseitig erwidert, daß es sich hier nur um nichtbelastete Gerüchte handelt.

Auf die Anfrage des Abg. Dr. **Curtius** (D. Vpt.) wegen des Zwischenfalls in Eberbach, bei dem versucht wurde, auf deutschem Boden durch amerikanische Detektivs Verhaftungen vornehmen zu lassen, wird der Tatbestand zugegeben. Der amerikanische General hat sich offiziell entschuldigt. Eine Entschädigung des durch einen Schuß verletzten Mädchens wird bei der amerikanischen Regierung durchgesetzt werden.

Dem Antrag auf Aufhebung des schwebenden Verfahrens gegen den unabhängigen Abg. **Müllmoch** stimmt das Haus zu.

Es folgt die Beratung des gemeinsamen Antrages aller Parteien, betreffend Ermächtigung zur

Erhöhung der Teuerungszuschläge

gemäß dem Reichsversorgungsgesetz.

Abg. **Albrecht** (U. S.) begründet die Entschließung, im Interesse der Kriegsbeschädigten eine Novelle zum Reichsversorgungsgesetz vorzulegen, außerdem verlangen die Unabhängigen Erhöhung der Teuerungszulage auf 35 Prozent, statt 25 Prozent im gemeinsamen Antrag, ferner bei der Elternrente Erhöhung des Betrages von 1500 auf 5000 statt 3000 im gemeinsamen Antrag.

Abg. **Meier** (Sog.) sieht keinen Anlaß, aus dieser Frage eine hochpolitische Angelegenheit zu machen. Den dringendsten Anforderungen der Teuerung wird der gemeinsame Antrag gerecht.

Abg. **Thomas** (Kom.) unterstützt den unabhängigen Antrag, wenn dieser auch noch lange nicht weit genug wäre.

Abg. **Landre** (Ztr.) stellt fest, daß die beiden Parteien der äußersten Linken im Ausschuß auch nicht so viel mitgearbeitet haben, daß auch nur ein Komma mit ihrer Unterstützung verändert wäre. Zuruf des Abg. Höllein: Komödie.

Der Abg. Höllein wird vom Präsidenten Loebe zur Ordnung gerufen. Sie hätten für die Kriegsbeschädigten überhaupt nichts geleistet und keinen Anlaß, hier so große Töne zu reden.

Abg. **Brühn** (D. N.): Die unabhängigen Parteien hätten sich im Interesse der übrigen Parteien auch entschließen können, wenn es ihnen nicht auf eine agitatorische Demonstration ankäme.

Abg. **Ziegler** (Dem.): Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten ist Sache des ganzen Volkes. Die Unabhängigen, die jetzt agitatorische Anträge stellen, haben im Unterausschuß völlig versagt. Der Vertreter der Kommunisten war überhaupt in keiner Ausschußsitzung. Wir stimmen für den gemeinsamen Antrag der Mehrheitsparteien. (Beifall.)

Abg. **Scharzer** (bayer. Vpt.): Wir wollen durch die Tat helfen und werden deshalb für den Antrag der Mehrheitsparteien stimmen, der den Kriegsbeschädigten eine wesentliche Besserung ihrer Bezüge bringt. Vom internationalen Bund der Kriegsbeschädigten wird offenbar eine Sabotage der Arbeit der Versorgungsämter beabsichtigt. Das haben seine Führer deutlich ausgesprochen. Die Kriegsbeschädigten müssen darunter leiden.

Abg. **Adams** (D.Vpt.): Die Unabhängigen wollen mit ihren Forderungen nur agitatorische Wirkung erzielen. Wir haben nicht das den Kriegern gegebene Versprechen vergessen, der Dank des Vaterlandes ist ihnen gewiß. Wir helfen durch die Tat. (Beifall bei D. Vpt.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Nach persönlichen Bemerkungen wird unter Ablehnung aller weitergehenden Anträge der Antrag der Mehrheitsparteien einstimmig angenommen.

Abg. **Lange-Hegermann** (Ztr.) begründet hierauf eine von der deutschdemokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und der Bayer. Volkspartei unterzeichnete Interpellation, in der ausgeführt wird, daß die steigenden Kosten der Lebenshaltung, die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung, die Unsicherheit der Preisberechnung und andere Schwierigkeiten zu einer Gefährdung des Handwerks, des Kleinhandels und des Kleingewerbes geführt haben. Die Interpellanten verlangen von der Regierung eine Aeußerung darüber, ob sie zur Hebung dieser Schwierigkeiten beitragen und besonders dabei die Pflichtzugehörigkeit zur

Organisation des Handwerks

im Sinne der Selbstverwaltungskörper der Verfassung in Erwägung ziehen wollte. Die Selbstverwaltungskörper sollen nach dem Willen der Interpellanten in erster Linie den Bezug und die Verteilung von Rohstoffen für das Handwerk unter Ausschaltung überflüssiger Zwischengewinne übernehmen. Die Arbeitnehmer sollen dabei durch neue Formen der Entlohnung auch eine gewisse Gewinnbeteiligung erhalten. So soll eine gewisse Berufssolidarität geschaffen werden. Redner empfiehlt schließlich die Bildung einer Kommission, die sich mit der Lösung dieser Frage befassen soll.

Reichsminister **Scholz**: Die Regierung teile die Auffassung der Interpellanten, daß auf Handwerk und Kleingewerbe und Mittelstand infolge des Krieges große Lasten liege, während das Großkapital Reserven ansammeln konnte. Statistische Aufnahmen der Handelskammer beweisen, daß für die Beschaffung von Betriebskapitalien allein schon für die einzelnen Berufsstände ganz verschiedene Notwendigkeiten bestehen. Dazu kommt die ganz gewaltige Verminderung der kleinen Geschäftsbetriebe. Das beste Abhilfemittel wäre die Stabilisierung unserer Valuta. Die Beteiligung des Handwerks an größeren Aufträgen, die Förderung des Bauwesens durch die Regierung sind weitere Mittel, dem Handwerk aufzuhelfen. Erschwert werden unsere Bemühungen durch die Schwierigkeiten, welche uns die Entente in der Kohlenfrage macht. Entzieht sie doch nichts weniger als über die Verpflichtung von Seg hinaus noch weitere Kohlenlieferungen zu erheben, obwohl die belgischen Gruben schon Feierschichten einlegen müssen und Paris nicht weiß, wo es mit den Kohlen hin soll. Auf dem Wege der Selbsthilfe kann dem Handwerk nur durch genossenschaftlichen Zusammenschluß geholfen werden. Seit 1913 hat eine Verdoppelung dieser Genossenschaften stattgefunden, dies beweise, daß Handwerk und Kleingewerbe ihren Wert erkannt haben. Qualitätsarbeit ist die Forderung der Zeit, um uns wieder emporzubringen. Ueber die Organisationsfragen des Handwerks sind Verhandlungen mit dem Reichskommissar bereits soweit gediehen, daß im Herbst schon eine Vorlage zu erwarten steht. Die Regierung erkennt den Wert des Handwerks für unsere Volkswirtschaft an und erwartet noch viel von einer zielbewußten Erstarkung des Handwerks. (Bravo.)

In der Besprechung der Interpellation widerlegt zunächst Abg. **Hinrich** (Sos.) die Behauptung, als ob die Sozialdemokratie ein Feind des Handwerks sei. Der Mittelstand kann nur auf dem Boden der alten Produktionswege bestehen. Das Handwerk selbst fordert vielfach schrankenlos Freiwirtschaft und bedenkt nicht, daß das Großkapital ihm das einfach alles fortnimmt. Gerade im Interesse des Handwerks liegt also eine Art Zwangsmirtschaft.

Abg. Dr. **Wienbeck** (Dn.): Die von der Linken heraufbeschworene Gefahr der Sozialisierung lastet drohend auf dem Mittelstand. Die Handwerker haben aber in eindrucksvoller Demonstration sich gegen Sozialisierung und Kommunisierung gewendet. Das Handwerk ist heute eine Macht durch die Organisation der Handwerkerverbände. Selbst die russischen Bolschewisten kommen ohne Handwerker nicht aus. Wir wünschen, daß alle Handwerkerangelegenheiten dem Reichswirtschaftsministerium übertragen werden.

werden. Im Reichsarbeitsministerium werden solche Fragen zu sehr nach gewerkschaftlichen Gesichtspunkten behandelt. Wir brauchen endlich das Gesetz über gesunde Verdingungsgrundsätze und einen Stab von Beamten und Wissenschaftlern, die die Mittelstandsfrage in die richtigen Bahnen lenken.

Abg. **Hamemann** (D. Vpt.): Für den nächsten Etat sollte die Regierung Mittel zur Verfügung stellen, [illegible] die Grundbedingungen des Handwerks systematisch erforschen werden können. Allen Bestrebungen auf Sozialisierung setzt das Handwerk den größten Widerstand entgegen. Die achtstündige Arbeitszeit darf nicht schematisch für alle Handwerkszweige aufrecht erhalten bleiben.

Abg. **Karsten** (U. S.): Der Mittelstand ist ruiniert worden durch den von den Parteien der Rechten verschuldeten Krieg. (Unruhe rechts.)

Abg. **Krieck** (Dem.) meint, die Selbsthilfe müßte die Hauptsache bleiben, da sei es aber auch notwendig, daß alle Kollegen sich zusammenschließen.

Abg. **Jaud** (bayer. Vpt.) tritt dafür ein, daß das Handwerk auch an dem Wiedergutmachungsverfahren mit herangezogen werde. Die Zukunft sei für Handwerk und Kleingewerbe schwierig, aber beide ständen jetzt fest und geschlossen zusammen, daß sie den Gefahren trotzen würden, zumal der Minister seine Unterstützung in Aussicht gestellt habe.

Abg. **Eisenberger** (bayer. Bauernbund): Die Bauern haben ein Interesse an dem sicheren Fortbestand des Handwerks. Beide sind aufeinander angewiesen. Die Großindustrie hat ein Interesse an dem Fortbestehen des Handwerkers, mag sie ihn auch unterstützen.

Abg. **Steyers** (Deutsch-Hannov.) bittet ebenfalls um stärkere Berücksichtigung der Handwerker bei Regierungsaufträgen. Redner erklärt die Sozialisierung für unmöglich, solange nicht Beweise der Zweckmäßigkeit und vor allem der Verbilligung erbracht werden können.

In seinem Schlußwort bedauert Abg. **Zimmann** (Ztr.), daß die Beratung der Interpellation erst in letzter Stunde der Session stattfinden kann. Wenn die wichtigsten Fragen des gewerblichen Mittelstandes unter so ungünstigen Umständen (im Hause sind kaum noch 30 Abgeordnete anwesend) verhandelt werden, so müsse das den Eindruck erwecken, als ob die Bedeutung des Handwerks nicht genügend anerkannt werde.

Der Antrag aller Parteien auf Erhöhung der Zahl der Schriftführer von 8 auf 12 wird ohne Debatte angenommen.

Nach debatteloser Erledigung zahlreicher Petitionen vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 23. Februar, 3 Uhr nachmittags. Etat des Ministeriums des Innern und des Arbeitsministeriums. (Schluß 7¼ Uhr.)

Die Denkschrift über die Kohlenfrage,

die Staatssekretär Bergmann vor seiner Abreise nach Paris überreicht hat, führt die ungenügende Belieferung der deutschen Industrie vor, die mangelnde Versorgung mit Hausbrand und die ungenügende Beschaffung von Bunkerkohle, infolge deren eine große Anzahl Fischdampfer in den deutschen Häfen auflag. Während die deutsche Industrie und Gesamtwirtschaft unter der Kohlennot zu erliegen droht, ist der Bedarf Frankreichs in allen Beziehungen hinreichend gedeckt. Deshalb glaubt die deutsche Regierung, daß kein Grund mehr besteht, die starken Lasten des Spa-Abkommens fortzusetzen und macht unter der Voraussetzung, daß sich in der Kohlenbasis Deutschlands nichts ändert, folgenden Vorschlag: Für eine Dauer von sechs Monaten vom 1. Februar 1921 ab wird Deutschland den alliierten Mächten eine Kohlenmenge von 72 000 Tonnen arbeitstäglich liefern, was bei einem Monatsdurchschnitt von 25 Arbeitstagen 1 800 000 Tonnen im Monat ergibt. Im zweiten Teil der Denkschrift bittet die deutsche Regierung, die im Spa-Abkommen festgelegte Zahlung von 5 Goldmark für die Tonne bestehen zu lassen und ferner eine weitere Entschädigung in bar zu gewähren, um den Unterschied des Inlandpreises zum Weltmarktpreise etwas auszugleichen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210205016/fragment/page=0001

Bayerns Stellungnahme zu den Pariser Beschlüssen.

Der Ministerrat zur Lage. — Die Haltung der Parteien und der Presse.

DA. München, 4. Febr. Zwecks Feststellung der Richtlinien für die morgen in Berlin stattfindende Ministerpräsidentenkonferenz fand heute früh 11 Uhr eine Ministerratssitzung hier statt, die sich eingehend mit der politischen Lage und den Forderungen der Entente, insbesondere mit den Entwaffnungsforderungen beschäftigte. Heute nachmittag finden weitere Verhandlungen mit den Parteien des Landtages statt. Als vorläufiges Ergebnis kann festgestellt werden, daß Bayern unbedingt mit Berlin zusammengehen wird. Die parteiamtliche Bayerische Volkspartei-Korrespondenz bringt interessante Auslassungen über die Lage. Nachdem sie zunächst unter Warnung vor Koalitionsexperimenten zu fester Entschlossenheit auffordert, sagt sie: Der Abschnitt über die Entwaffnungsfrage in der Rede des Außenministers wie in der Erklärung der Koalitionsparteien gibt zu der Befürchtung Anlaß, daß die Reichsregierung zu einem nutzlosen Entgegenkommen in der Entwaffnungsfrage geneigt wäre. Der Geist des Versailler Vertrages verlangt, daß Deutschland soweit entmilitarisiert wird, daß es nicht mehr in der Lage ist, einen Krieg zu führen. Nur in diesem Sinne können wir das Zugeständnis der Koalitionsparteien, „die von uns übernommenen Verpflichtungen im Geiste loyaler Auslegung auszuführen", verstehen. Die Korrespondenz sagt dann weiter: Wir können keine verschiedene Verhandlung des Teiles, der über die Reparation, und des Teiles, der über die Entwaffnung handelt, verlangen. Eine Reichsregierung, die in diesen Punkten von ihrer eigenen öffentlich vor aller Welt vertretenen Auffassung jetzt abweichen würde, würde eine Spannung zwischen Bayern und dem Reich hervorrufen, die unsagbar traurig wäre. Die Korrespondenz weist dann noch weiter auf die tiefen Erschütterungen in Bayern hin, die ein Abschwenken der Regierung von dieser Politik hervorrufen würde. Die „Münchener Zeitung" erklärt, daß die Lage außerordentlich ernst ist; gerade deshalb, weil in Berlin bereits Kräfte am Werk seien, die die Einigkeit zwischen Bayern und dem Reiche stören wollen. Die bayerische Regierung müsse unbedingt festbleiben. Auch die mehrheitssozialistische „Münchener Post" nimmt Stellung zu der Frage und erklärt, daß die Regierung ohne Erweiterung auf ihrem Posten bleiben müsse. Es komme, schreibt sie, vielleicht einmal der Augenblick kommen, in dem der ganze Reichstag der Entente erklären müsse, es ist keine Regierung in Deutschland mehr möglich, die mit euch verhandeln kann. Dieser Augenblick sei aber jetzt nicht da. Den vielen Protesten gegen das Pariser Diktat hat sich nunmehr auch der Landesverband Bayern des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer in einem offenen Brief angeschlossen.

Das deutsche Budget.

Der Anhang I aus dem Bericht der alliierten Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz, der vom 11. Novbr. datiert ist und die deutsche Regierung und das deutsche Budget betrifft, ist in Paris veröffentlicht worden. Der Bericht besagt, daß die in dem Haushaltsplan für 1920 eingesetzten Ziffern nur unter Vorbehalt angenommen werden könnten, bestimmte bezüglich der im Budget zur Ausführung der Friedensverträge eingesetzten Posten zu beanstanden sind. Es bestehe Hoffnung, daß die deutsche Verwaltung auch an der Erstellung es der deutschen Verwaltung auch an der [illegible] lichen Angaben fehle. Zu beachten sei bei der Betrachtung des Budgets die Erklärung des Finanzministers Wirth im Reichstage am 27. Oktober 1920, daß der Etat zur Ausführung des Friedensvertrages das beste Agitationsmittel sei, über das das deutsche Volk verfüge, und in der ganzen Welt verbreitet werden müßte. Die Sachverständigen heben hervor, daß der Etat für auswärtige Angelegenheiten von 24 auf 295 Millionen und für das Innere von 19 auf 1435 Millionen gestiegen sei. Die Ausgaben für Post- und Telegraphenwesen beliefen sich für das Personal auf 5366 gegen 756 Millionen im Jahre 1919. Die Ausgaben zur Ausführung des Friedensvertrages könnten verringert werden. Die deutsche Regierung übernehme Ausgaben, zu denen sie nicht verpflichtet sei. Hinsichtlich der Einnahmen des deutschen Budgets betonten die Sachverständigen, daß die Steuern auf alkoholische Getränke viermal weniger einbrachten als in England und sechsmal weniger als in Frankreich. Ebenso seien die Steuern auf Tabak, Kaffee und Tee sehr niedrig. Die Steuer auf Zucker sei nicht hoch und bilde nur den 250. Teil der Steuereinnahmen, während sie z. B. in Italien ein Fünfundzwanzigstel ausmache. Eine Erhöhung der Kohlensteuer um 10 Prozent würde einen Mehrbetrag von zwei bis drei Millionen ergeben. Auch die Zollerträgnisse könnten vermehrt werden und ihre tatsächliche Erhöhung sei wünschenswert. Denn die Löhne und Rohstoffe würden in Deutschland nicht im Verhältnis zu dem niedrigen Wert des Papiergeldes steigen, was für die Ausfuhr Deutschlands ein wahrhaftes dumping sei.

Der Bericht schließt mit der Bemerkung, man könne damit rechnen, daß das Gleichgewicht des ordentlichen Budgets in naher Zukunft wiederhergestellt werde, wenn alle Ausgaben nicht dringender Art ausgeschlossen würden. Man könnte wohl hoffen, wenn auch wohl nicht bei den ersten Versuchen, so doch wenigstens bei den folgenden, daß höhere Einnahmen erzielt würden. Es scheine ebenfalls, daß das Reich in kurzer Zeit den Verpflichtungen aus dem Vertrage mit Hilfe der Einziehung und ohne Erhöhung der Papiergeldflut nachkommen könne.

Einladung nach Brüssel.

Wie WTB. erfährt, hat der erste Delegierte der deutschen Delegation für Brüssel, Staatssekretär Bergmann, eine Einladung zur Fortsetzung der Verhandlungen in Brüssel auf den 7. Februar erhalten. Bergmann hat geantwortet, die deutsche Delegation sei nicht in der Lage, der Einladung zu folgen, weil die deutsche Regierung augenblicklich mit der Prüfung und Durcharbeitung der Pariser Beschlüsse befaßt sei und hierbei der Hilfe der für Brüssel bestimmten Sachverständigen nicht entbehren könne.

Einschränkung der Tanzlustbarkeiten.

Der preußische Minister des Innern hat an die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten folgenden Erlaß gerichtet: Der Ernst der Lage für Deutschland, wie er in den letzten Tagen durch die Pariser Beschlüsse über unsere Entschädigungsleistungen klar geworden ist, läßt es unziemlich erscheinen, daß in den bevorstehenden Karnevalstagen in großem Umfange karnevalistische Belustigungen und besonders Tanzlustbarkeiten stattfinden. Von einem allgemeinen Verbot derartiger Veranstaltungen werde ich mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Schädigungen, die dadurch den beteiligten Geschäftskreisen erwachsen würden, absehen. Ich bitte aber darauf hinzuwirken, daß solche Veranstaltungen nur stattfinden, wo dies insbesondere die Rücksicht auf getroffene Vorbereitungen sonst wirklich schwere wirtschaftliche Härten ergeben würde und daß sie sich in einem Rahmen halten, der würdelose Ausschreitungen ausschließt. Uebrigens darf erwartet werden, daß die Bevölkerung selbst sich des Ernstes der Lage bewußt ist und eine entsprechende Haltung beobachtet wird.

Ein Reichsmietengesetz.

WTB. Berlin, 4. Febr. Die Reichsregierung hat dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat den Entwurf eines Reichsmietengesetzes zugehen lassen. Der Entwurf gibt unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiet des Wohnungswesens feste Regeln für die Erhebung der gesetzlichen Miete.

Kommunistenverhaftungen in Frankfurt a. M.

Die Polizei verhaftete in Frankfurt a. M. 14 Personen, darunter einige Führer der kommunistischen Partei und ungesetzlicher Kampforganisationen, und beschlagnahmte das bei ihnen liegende Material. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Die einzige richtige Antwort.

Der deutsche Plebiszitkommissar Dr. Urbanek richtete folgenden offenen Brief an Paul Kuczma, Vorsitzenden des paritätischen Abstimmungsausschusses der Gemeinde Laurahütte, der inzwischen durch die Interalliierte Kommission seines Amtes enthoben wurde: „Sie veröffentlichen in der „Kreuzzeitung" vom 28. Januar einen offenen Brief an mich. Hier ist meine Antwort: Wir haben Sie dabei ertappt, wie Sie durch Rechtsbruch und Sabotage die Abstimmung zu stören versuchten, indem Sie 650 Gesuche um Aufenthaltsbescheinigung fortgeschleppt haben. Mit dem beliebten Trick ertappter Uebeltäter schreien Sie jetzt: „Haltet den Dieb!" Sie sprechen von gemeinen Fälschungen, von großen Vortäuschungen und unerhörten Betrügereien, die ich in die Wege geleitet habe. Ich setze Ihnen hierdurch eine Belohnung von 1000 Mark für jede Fälschung aus, die Sie mir nachzuweisen imstande sind. Ich behalte mir vor, drei im Abstimmungsgebiet geborene Rechtsanwälte zu benennen, die über die Vergebung des ausgesetzten Geldes entscheiden sollen. Sie können also 650 000 Mark verdienen." Dr. Urbanek, Plebiszitkommissar für Oberschlesien.

Noch immer der Fall Kerkhoff.

Im Haushaltungsausschuß des Reichstages wurde gestern der Etat des Reichsverkehrsministeriums beraten. Dabei wies der demokratische Abg. Delius auf die Schwierigkeiten hin, die sich jetzt bei der Ueberführung der Wasserstraßenverwaltung auf das Reich ergeben, weil Preußen den Zeitpunkt hinausschieben wolle. Er forderte die gleiche Anwendung der Beschlüsse des Reichstages in der Besoldungsfrage auf die zu übernehmenden Wasserstraßenbeamten. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Minister Wirth eingehende Mitteilungen über den Fall Kerkhoff. Aus dem Bericht des Landesfinanzamtes in Düsseldorf gehe hervor, daß das Strafverfahren gegen den deutschnationalen Abg. von den Kerkhoff endgültig eingestellt sei, weil die Absicht der Steuerhinterziehung trotz mancherlei Verdachtsmomente nicht nachgewiesen werden konnte. Es schwebe aber noch ein zweites Verfahren wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Die noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen hätten bisher Belastendes gegen Herkhoff nicht ergeben. Die Unstimmigkeiten liegen nach Mitteilung des Ministers darin, daß Akten wiederholt abhanden gekommen sind. In drei Fällen sei das festgestellt. Außerdem verweigere Kerkhoff eine Reihe von Auskünften über Geschäfte spekulativer Natur. Ebenso stehe fest, daß Kerkhoff das gerichtliche Siegel von einem Schrank eigenmächtig abgelöst habe, trotzdem ihm ausdrücklich mitgeteilt worden sei, daß er zu dessen Lösung auch nach Beschluß des Reichstages, das Strafverfahren auszusetzen, nicht berechtigt sei. Die Geheimbücher fehlen. Deshalb konnte über eine Reihe von Fällen genaue Feststellung nicht erfolgen. Nach Angabe Kerkhoffs handele es sich um Mittel, die er als Vergütung für zu erlangende Aufträge verwenden mußte. Eine Nachprüfung durch den Staatsanwalt sei erforderlich. Hier sei, so stellte der Minister gegenüber dem Abg. Helfferich fest, daß es sich um Korruptionserscheinungen schlimmster Art handele, die aus vordemokratischer Zeit stammen. An die Mitteilungen knüpfte sich eine erregte Debatte. Bei dieser stellte der Demokrat Packnicke fest, daß man vor Abschluß des Verfahrens kein Urteil abgeben könne. Es lägen aber hier Umstände vor, die in ihrer Häufung dringend der Aufklärung bedürfen, zumal sich Kerkhoff als Ankläger gegen einen Minister aufgespielt habe. Eine scharfe Prüfung wegen des Verhaltens des Finanzamtes Bohwinkel sei erforderlich, insbesondere die Feststellung, ob das Amt aus eigenem Antrieb die Ehrenerklärung abgegeben habe. Der Ausschuß beschloß nach Abschluß der Untersuchungen weitere Mitteilungen vom Finanzminister entgegenzunehmen.

Deutsches Reich.

Ein Reichstarifamt für das Bankgewerbe. Ein Reichstarifamt für das Bankgewerbe, das berufen ist, Streitigkeiten grundsätzlicher Natur zu entscheiden, die aus dem Tarifvertrage entstehen, ist nunmehr gebildet worden. Es besteht aus einem Vorsitzenden, zehn ständigen und zwanzig nicht ständigen Beisitzern, von denen je die Hälfte des Arbeitgeberverbandes und der beteiligten Angestelltenorganisationen bekannt sind. Zum Vorsitzenden wurde vom Reichsarbeitsminister der Ministerialrat Wulff von dieser Behörde bestimmt. Die erste Sitzung findet am 9. d. M. statt. In dieser wird u. a. über einen Antrag des Deutschen Bankbeamtenvereins verhandelt werden, in welchem dieser eine grundsätzliche Entscheidung darüber verlangt, ob sämtliche Lehrverträge, die bis zum 1. August 1920, dem Beginn des Reichstarifs, 2½ Jahr oder länger gedauert haben, mit diesem Termin als beendet anzusehen sind. Der Reichstarif sieht vor, daß Lehrverträge, die für längere als für die erwähnte Zeit abgeschlossen sind, entsprechend abgeändert werden müssen.

Im Entschädigungsausschuß wurde ein Antrag auf die Entschädigung für Valutaschäden nicht gestellt, da die Auswirkungen nicht zu übersehen sind. Die Regierungsparteien stellten einen Antrag, der wichtige Aenderungen des § 50 vorsieht. Bei der Entschädigung für Erwerbsverlust soll nicht das Friedenseinkommen zugrunde gelegt werden, sondern für das Jahr 1919 das zweifache Friedenseinkommen, für die nächsten Jahre das vierfache Friedenseinkommen. Dagegen soll eine Abkürzung der bezüglichen Zeitdauer der Entschädigung, die höchstens bis zum Ablauf des Jahres 1922 gewährt werden sollte, erfolgen. Nach Feststellung der Entschädigungsansprüche soll für die Restzeit eine Abfindung in Höhe des festgestellten Anspruchs gegeben werden. Die Regierung wandte dagegen ein, daß für sie die Tragweite des Antrages noch nicht zu übersehen sei, es werde auch kein genügender Anreiz zur schnellen Gründung einer neuen Existenz gegeben. Die Entscheidung wurde bis nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages vertagt.

Metallarbeiterstreik in Stralsund. In Stralsund streiken seit dem 1. Februar 1921 die Metallarbeiter einschließlich der auf dem Elektrizitätswerk beschäftigten Arbeiter wegen Lohnforderungen. Die von dem Regierungspräsidenten am gleichen Tage anberaumten Verhandlungen, in denen eine Beilegung des Streiks versucht werden sollte, scheiterten an dem Widerstande der Arbeitgeber, die nicht erschienen waren. Die Lichtversorgung der Stadt hat keine Unterbrechung erlitten. Zur Bedienung der durch das Kalkwerk geleiteten Elektrizitätsversorgung sind drei Mann technische Nothilfe in Tätigkeit getreten, mit deren Wirksamkeit die Arbeiter sich einverstanden erklärt haben. Die Schlichtungsversuche seitens der Behörden werden fortgesetzt.

Die Rechtsverhältnisse der Hausangestellten. Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages wurde gestern eine Entschließung aller Parteien angenommen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, baldigst einen Gesetzentwurf zur Regelung der rechtlichen Verhältnisse der Hausangestellten vorzulegen.

Der Ueberfall in Eberbach. Einer Meldung aus Heidelberg zufolge teilt die Staatsanwaltschaft in Moosbach (Baden) mit, daß das Verfahren gegen die wegen des Ueberfalls in Eberbach verhafteten amerikanischen Polizeigenten auf Grund einer Anklage wegen versuchten Totschlages eingeleitet werden wird.

Auslands-Rundschau.

Ententisten übergriffe in Graz. In Graz haben vorgestern drei französische Soldaten, die der Mission in Wien zugeteilt sind, ein Steiermärker Alpinenballfest, das von den geachtetsten Familien der Stadt besucht war, in gröblichster Weise gestört. Die Franzosen waren betrunken und verlangten in den Saal eingelassen zu werden. Diesem Begehr konnte natürlich nicht entsprochen werden. Darauf feuerte einer von ihnen einen Revolverschuß ab. Die Kugel durchschlug einem Studenten die rechte Hand.

Orientfragen. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel wird die türkische Regierung in London u. a. Aufhebung der Rechte, die Griechenland im Gebiet von Smyrna durch den Vertrag von Sevres eingeräumt werden, Autonomie von Thrazien auf der Grundlage des Nationalitätenrechts und Abänderung der Wirtschaftsklauseln, die die Souveränität und Unabhängigkeit der Türkei einschränken, verlangen. Berichte aus Angora besagen, daß der nationalistische Rat die vollständige Revision der territorialen und wirtschaftlichen sowie finanziellen Bestimmungen des Vertrages von Sevres fordert.

Halle und Umgebung.

Halle, den 5. Februar 1921.

Kunsthandwerkliche Berufe.

In der jetzigen Zeit, wo viele Knaben und Mädchen vor der Berufswahl stehen, wo sich besonders Begabtung für das Kunstgewerbe zeigt und dies beruflich verwerten wollen, seien einige beherzigende Ratschläge gegeben: Das Interesse für die kunsthandwerklichen Berufe ist in den letzten Jahren, aus Gründen der schlechten wirtschaftlichen Aussichten der freien Künste sehr gestiegen. Es muß daher allen vor der Berufswahl stehenden Knaben und Mädchen dringend geraten werden, zunächst ein Handwerk gründlich zu erlernen. Das ganze Kunsterziehungswesen ist überhaupt auf handwerklicher Grundlage aufgebaut, dadurch verschafft sich ein jeder eine sichere wirtschaftliche Existenz, die auch dann bleibt, wenn die künstlerische Veranlagung nicht so weit reicht, wie sie zunächst glaubten. Handwerker, die technisch und geschmacklich Gutes leisten, sind immer gesucht und sind sie künstlerisch veranlagt, so steht ihnen der Weg zu den höchsten Leistungen offen.

Die Anschauung, daß die Ausübung eines Handwerks gesellschaftlich herabsetzt, war schon immer falsch und entbehrt gerade in jetziger Zeit jeder Berechtigung.

Es seien hier einige Berufe erwähnt, die sich auch für die in dieser Richtung betätigenden Frau eignen:

Die technischen und buchgewerblichen Berufe, Buchgraphik, Buchdruck, insbesondere Buchbinderei, Edelmetallarbeit, Emailarbeiten, Keramik usw..

Es ist immer noch nicht genügend bekannt, daß auch in der hiesigen Kunstgewerbeschule Lehrwerkstätten vorhanden sind, wo die Ausbildung oden genannter Berufe bis zur selbständigen praktischen Ausbildung gefördert wird. O. P.

Der Hauptverein des Evangelischen Bundes hält seine Jahresversammlung am Montag, den 18. und Dienstag, den 19. April d. J. in Wittenberg. Der 18. April, der 400 jährige Gedächtnistag der Tat Luthers von Worms, soll zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die Kraft und Bedeutung des Protestantismus ausgestaltet werden. Eine Feier am Denkmal, ein Festgottesdienst in der Schloßkirche und eine Versammlung im größten Saal von Wittenberg sind geplant. Nächst Worms, wohin den meisten in unserer Provinz der Weg zu weit und die Reise zu kostspielig sein dürfte, hat wohl keine andere Stadt solche Berechtigung, Luthers kühne Glaubenstat zu feiern, wie Wittenberg, wo Luther der geworden ist, als der er in Worms vor die Augen der ganzen Welt getreten ist. Die Bürgerschaft von Wittenberg hat sich in bekannter Gastlichkeit bereit erklärt, die evangelischen Glaubensgenossen bei sich aufzunehmen.

Der Abtransport der russischen Kriegsgefangenen muß — wie das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt mitteilt — auf Grund des mit der Sowjetregierung getroffenen Abkommens bis zum 1. 4. erledigt sein. Es soll daher an alle noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen die Aufforderung der Reichszentrale ergehen, sich bis zum 15. Februar in einem Lager zu melden. Innerhalb der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt befinden sich Kriegsgefangenenlager in Altengrabow, Gardelegen und Quedlinburg. Internierte der bolschewistischen Armee kommen hierbei nicht in Frage. Im Interesse des deutschen Arbeitsmarktes ist es dringend erwünscht, daß möglichst alle Kriegsgefangenen abbefördert werden und daher die Aufforderung weitestte Verbreitung findet. Für Kriegsgefangene, die in Deutschland bleiben wollen, werden noch besondere Bestimmungen getroffen werden.

Familien-Nachrichten

Geboren: Willy Schalbe (S.), Gotha; Adolf Pfifferling, Halle (T.).

Verlobte: Elsbeth Gottschall, Halle — Dr. Adolf Weibe, Naumburg; Mie Billeb, Gotha — Karl Schön, Holzheim.

Gestorben: Luise Aland geb. Göbel, 60 J., Wernigerode; Auguste Grabow geb. Möllmer, 76 J., Stendal; Lehrer Paul Naul, 60 J., Gotha; Gretl Schimmel, 5 J., Gotha; Rosa Schwarzlose geb. Kremling, 51 J., Stadtfurt; Wwe. Dorothea Schlöder,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210205016/fragment/page=0002

61 J., Stuttgart; Bauunternehmer Friedrich Märtz, 46 J., Lindau; Luise Bauer geb. Hegermann, 47 J., Hettstedt; Rudolf Treffehn, 23 J., Quedlinburg; Frieda Horn geb. Brücke, Magdeburg; Kunstglaser Paul Jordan, Halle, 30 J.; Gutsbesitzer Alwin Keck, Corbetha, 44 J.

Provinzial-Nachrichten.

✓ **Merseburg**, 3. Febr. (Eine etwas späte Erklärung.) Von der Provinzialverwaltung wird geschrieben: „Zu der Presseäußerung über angebliche Verhandlungen des Landesbaurats Linsenhoff wird uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß dieser das Disziplinarverfahren gegen sich beantragt hat, um den Beweis der Schuldlosigkeit gegenüber den erhobenen Vorwürfen zu erbringen. Schon jetzt ist von einem vor kurzem zur Prüfung dieser Vorwürfe aus Vertretern aller Parteien eingesetzten Untersuchungsausschuß des Provinzialausschusses festgestellt worden, daß Landesbaurat Linsenhoff sich nicht ungesetzlich bereichert hat."

XX **Merseburg**, 4. Febr. (Auf den Leuna-Werken) spitzt sich der Konflikt zu. Die Belegschaft hat auf den warnenden Anschlag, worin die Werksleitung die Schließung des Betriebes ankündigt, wenn die Arbeiter auf Durchführung der 48-Stunden-Woche bestehen, mit einem Ultimatum geantwortet. Das Ultimatum ist auf Montag, den 7. Februar befristet.

(.) **Eisleben**, 4. Februar. (Generalstreik bei der Mansfeldschen Gewerkschaft.) Die sämtlichen Belegschaften der Mansfeldschen Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft, über 15 000 Mann, haben die Arbeit niedergelegt, um die Direktion zur Aufgabe des Ueberwachungssystems zu zwingen, das zur Bekämpfung der Diebstähle auf den Werken eingerichtet worden ist. Die Arbeiter wollen, wie sie es nennen, nicht unter einem solchen Detektiv- und Spitzelsystem arbeiten. Da der Oberberg- und Hüttendirektor auswärts weilt, ist noch nicht abzusehen, wie die Sache enden wird.

□ **Belleben**, 3. Febr. (Einbrechertrio.) Es ist gelungen, den schweren Einbruch auf Bahnhof Belleben aufzuklären und die Täter zu verhaften. Es kommen in Frage der Barbier Ernst Müssel, der Arbeiter Paul Kühnast und der Steinsetzer Friedrich Otto jun. von hier. Der erste und dritte haben bereits ein Geständnis angelegt. Nach dem Geständnis der vorstehenden Genannten ist ihr Abnehmer der Schiffer Fritz Kalbitz von hier. Als Entschädigung wollen die Einbrecher von Kalbitz pro Person 1700 Mk. erhalten haben.

— **Plötzky**, 3. Febr. (Bei einer Haussuchung bei dem sozialdemokratischen Ortsvorsteher) wurden drei Gewehre und vier Pistolen mit den dazu gehörigen Patronen vorgefunden, die aus einem Diebstahl in Magdeburg herrührten. Ferner wurden noch zwei Aussätze Bindegarn und eine Anzahl Patronen, die in Gerwisch gestohlen waren, beschlagnahmt. Der Gemeindevorsteher, der die Diebsbeute mit großem Gewinn weiter verkaufen wollte, wurde verhaftet und in das Gerichtsgefängnis Magdeburg überführt.

Kunst und Wissenschaft.

Karl Hauptmann †.

Auf seinem Besitztum Schreiberhau ist in der Nacht zum Freitag der Dichter Karl Hauptmann an Herzschwäche gestorben.

Theaterskandal in Nürnberg. Im Intimen Theater zu Nürnberg ist es bei einer Aufführung von Wedekinds „Schloß Wetterstein" zu einem großen Skandal gekommen. Obwohl der Direktor mit seinem Hausrecht drohte, konnte die Vorstellung nicht fortgesetzt werden und wurde durch echt bajuvarische Zurufe, wie „Saustall" und „Bordellstück", schließlich unmöglich gemacht. Das Stück ist seinerzeit in München nach wüsten Skandalszenen von der Polizeidirektion verboten worden.

J. D. Crozier †. In London ist der namhafte Historiker, Philosoph und Nationalökonom Dr. J. B. Crozier im Alter von 71 Jahren gestorben. Der in Kanada geborene Gelehrte war insbesondere durch seine Werke über „Zivilisation und Fortschritt", „Geschichte der Entwicklung des Intellekts" und „Das Rad des Reichtums" bekannt geworden, worin er eine eigenartige nationalökonomische Lehre zu entwickeln versuchte.

Sport der „Saale-Zeitung".

Deutsche Rennställe in der Schweiz siegreich.

An den Pferderennen in Arosa beteiligten sich u. a. die Münchener Rennstallbesitzer Bebie und Büchel. Am ersten Tage gewann Bebie mit Sieglie ein Flachrennen über 1800 Meter und mit dem gleichen Pferde unter der Steuerung von Ottmar Bauer das Schlußrennen über 2200 Meter. Zori und Grasteufel belegten in diesen Rennen die zweiten Plätze. Auch das Stijöörrennen gewann Benbies Kedvenz gegen Büchels Savannu. Am zweiten Tage schoß Büchel mit Zori und Savannu im Flachrennen und Stijöörrennen den Vogel ab. Grasteufel und Kedvenz wurden zweite.

Wintersportplatz Oberhof i. Th. (Wetterbericht vom 4. Februar.) Die Sportverhältnisse sind gut. Ski- und Rodelbahn fahrbar. Schneehöhe von 10 Zentimetern. Schneefall. Temperatur 2 Grad Kälte. Veranstaltungen: Sportfest des Thr. Wintersport Verbandes am 4. bis 7. Februar 1921. Bemerkungen: Es verspricht gutes Sportwetter zu werden, andauernder Schneefall hat eingesetzt.

Vermischtes.

Erforschung der unbekannten Sahara. Nach vom Senegal in Paris eingetroffenen Telegrammen hat eine französische Militärexpedition erfolgreich den bisher noch ganz unerforschten, rund 1150 Kilometer breiten Streifen der Wüste erforscht, der Algier mit den französischen Besitzungen in Westafrika verbindet. An dem Unternehmen waren zwei kleine Militärabteilungen beteiligt, die von verschiedenen Seiten aus den Marsch antraten. Die erste verließ unter Führung des Hauptmanns Augieras Tabelbala im algerischen Distrikt der Beni Abbas, während die andere von dem in Französisch-Marokko gelegenen Akarjans unter Major Lauzanne den Marsch antrat. Nach dem verabredeten Plan sollten sich die beiden Abteilungen an einem Punkt auf dem halben Wege in der offenen Wüste treffen. Dieser Plan wurde auch genau durchgeführt, und am Weihnachtstag stießen diese beiden Abteilungen zu der Zeit und an dem Platze zusammen, wie es vorher verabredet war. Major Lauzanne verließ Rhellaouia am Rande der Wüste am 5. Dezember und traf nach einem Marsch von über 180 Kilometer in tiefem Wüstensand in der Oase El Mzereb ein. Von hier aus entsandte er eine Patrouille nach der nahe gelegenen Oase El Kseib, wo man auf die algerische Abteilung stieß, die sich auf dem Wege befand, um die andere Hälfte der Expeditionsgruppe zu treffen.

Ein Wolkenkratzerprojekt in Köln. Seit einiger Zeit beschäftigt man sich in Köln mit einem von privater Seite aufgestellten Wolkenkratzerprojekt, das seiner baldigen Verwirklichung entgegensehen soll. Neben dem Polizeipräsidium am Neumarkt soll sich ein Bureau-Hochhaus turmartig zu einer Höhe von 20 Stockwerken (68 Meter) erheben und seine nutzbare Fläche soll 15 000 Quadratmeter umfassen. Die Durchführung dieses Unternehmens ist allerdings noch nicht sichergestellt, aber richtig ist, daß die Wohnungsnot und das Bedürfnis nach Bureauräumen als Folge der bedeutenden Entwicklung der Stadt in den beiden letzten Jahren — ihre Einwohnerzahl hat um 50 000 zugenommen — in Köln sehr stark ist, und daß den zuständigen Stellen mehrere große Projekte vorliegen, die im Zusammenhang mit den auf die zweckmäßigste Regelung des Geschäftsverkehrs hinzielenden, umfassenden Pläne der Stadt Köln eingehend geprüft werden.

Zehn Millionen Dollar für Milch bewilligt. Wie aus New York gemeldet wird, bewilligte die Kriegs-Finanz-Korporation die Gewährung einer Anleihe von 10 Millionen Dollar durch die großen amerikanischen Banken zum Zweck der Ausführung von kondensierter Milch und Milchprodukten nach Europa.

Nahezu 800 Spieler auf einmal abgefaßt. Beamte der Berliner Schutzpolizei wurden von Passanten darauf aufmerksam gemacht, daß in einem Café in Schöneberg sich eine große Spielergesellschaft in den Hinterräumen versammelt habe. Die Beamten drangen ein und fanden etwa sechshis achthundert Personen, die eifrig bei den verschiedensten Glücksspielen, wie Bac usw., beschäftigt waren. Alle Beteiligten wurden festgestellt und etwas über 6000 Mk. beschlagnahmt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Vösartiges Vermächtnis. In einer Stadt des südlichen Englands starb kürzlich ein reicher Hausbesitzer, der sein gesamtes Vermögen zwischen entfernten Verwandten und der Schwester, die ihn in seiner Krankheit gepflegt hatte, verteilt hatte. Der eigenen Gattin vermachte er einen einzigen Schilling mit der menschenfreundlichen letztwilligen Verfügung, sich für das Geld einen Strick zu kaufen. Zur Begründung dieser Testamentsbestimmung führte er an, daß ihn die liebenswürdige Ehehälfte das ganze Leben lang nur als „alten Schweinehund" tituliert hatte.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Ein diplomatischer Erfolg Deutschlands.

DA. Berlin, 4. Februar. (Eig. Drahtnachricht.) Zwischen Deutschland und Großbritannien schwebte ein schiedsrichterliches Verfahren in betreff der strittigen Auslegung einer Bestimmung des Friedensvertrages, nämlich über die Frage, ob Engländer, deren Besitz in Deutschland beschlagnahmt worden war, die Wiedergabe ihrer Sachen in Natura verlangen könnten. Die deutsche Regierung hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß ein solches Recht nur Bürgern derjenigen Staaten zustehe, die nicht eine allgemeine Beschlagnahme deutschen Eigentums vorgenommen hatten. Die britische Regierung hat nunmehr, wie die „Dena" von amtlicher Seite erfährt, im Gegensatz zu ihrer bisherigen Rechtsauffassung den deutschen Standpunkt als gerechtfertigt anerkannt und auf die weitere schiedsgerichtliche Entscheidung Verzicht geleistet. — Man wird bei dieser Gelegenheit das Bedauern nicht unterdrücken können, daß die Ententestaaten nicht schon öfters in strittigen Fragen das hier von Großbritannien beobachtete Verfahren sich zu eigen gemacht haben. Wieviel Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten wären der deutschen Regierung wohl erspart geblieben, wenn z. B. so manche eines eindeutig klaren Rechtsgrundes entbehrende Entscheidung der Botschafterkonferenz schiedsrichterlichen Auftrag gefunden hätte.

Die Einladung nach London.

DA. Berlin, 4. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Die in der Note vom 29. Januar angekündigte Einladung zur Entsendung deutscher Vertreter zwecks Teilnahme an der auf den 28. Februar anberaumten Londoner Konferenz ist bislang, wie der „Dena" an amtlicher Stelle mitgeteilt wird, noch nicht eingegangen. Die Beratungen über die in London zu unterbreitenden deutschen Gegenvorschläge sind in vollem Gange, doch läßt sich naturgemäß bei der Kürze der Zeit seit Eingang der Pariser Beschlüsse über den materiellen Inhalt der deutschen Gegenvorschläge noch nichts aussagen.

Der österreichische Anschlußwille läßt sich nicht unterdrücken.

DA. Wien, 4. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Das auf Veranlassung der Entente von der Bundesregierung erlassene Abstimmungsverbot für den Anschluß an das Deutsche Reich, worüber die „Dena" vor einigen Tagen berichtete, hat in den deutschen Alpenländern äußerste Entrüstung hervorgerufen. Die Vertreter Salzburgs, Tirols, Kärntens und Steiermarks sind gestern beim Bundeskanzler erschienen und haben ihm mitgeteilt, daß alle Parteien ihrer Länder im Landtag auf einer Abstimmung über den Anschluß an das Deutsche Reich beharren. Die Anschlußbewegung soll aber im Rahmen des Friedensvertrages von St. Germain gehalten werden. Das Ergebnis der Abstimmung, das unzweifelhaft für den Anschluß günstig lauten würde, soll zunächst nur dem Völkerbund mit einem entsprechenden Antrag unterbreitet werden. Nicht zum wenigsten haben für das erneute Aufflammen der Anschlußbestrebungen in den deutschen Alpenländern die Beschlüsse der Pariser Konferenz beigetragen.

Eine enge Fühlungnahme.

Paris, 4. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Um mit den Senatoren und Deputierten aus Elsaß-Lothringen (14 und 24) in enge Fühlung zu treten, wird sie Ministerpräsident Briand zunächst zu Tisch laden.

Blutiger Zwischenfall in Dalmatien.

Belgrad, 4. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die „Politica" meldet, kam es heute in Dalmatien zwischen italienischen Truppen und dalmatinischen Bauern zu einem blutigen Zwischenfall, da die Bauern sich weigerten, den abziehenden Truppen das requirierte Vieh auszuliefern. Bei den Bauern gab es 8 Tote, die Soldaten verloren einen Toten und 5 Verwundete.

Amerikanische Opposition gegen die Pariser Beschlüsse.

Basel, 4. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Preßinformation meldet aus New York, daß in Amerika sich eine lebhafte Opposition gegen die Ausdehnung der deutschen Zahlungsverpflichtungen von 30 auf 42 Jahre geltend mache. Begründet wird diese Bewegung damit, daß Präsident Wilson nur beabsichtigt habe, eine Generation mit der Wiedergutmachung zu belasten.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Geschäftslage in Deutschland im Januar 1921.

Aus den Berichten, die die preußischen Handelskammern über den Geschäftsgang in Handel und Industrie an das Handelsministerium erstattet haben, ergibt sich, daß im Januar die Beschäftigung einzelner Industrien sich vermindert hat, daß Warenabsatz und Auftragseingang fast allgemein zurückgegangen sind und daß die Aussichten für die nächste wirtschaftliche Zukunft als wenig günstig beurteilt werden. Dabei sind wichtige Gründe, die die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens in den letzten Jahren vorzugsweise behindertem, fortgefallen. Von der Kohle abgesehen, sind Rohstoffe reichlich, zum Teil überreichlich (Eisenerze) vorhanden. Arbeitskräfte sind genügend vorhanden, der Arbeitswille hat sich gehoben. Die Verkehrsverhältnisse sind nach Ueberwindung der Nachwehen der vormonatlichen Tiefwassernot im Eisenbahngüterverkehr erheblich gebessert. Wenn gleichwohl der Beschäftigungsgrad der Industrie sich im Januar nicht nur nicht gehoben, sondern sogar vermindert hat, so ist dies zu einem erheblichen Teile eine Wirkung des Mangels an ausreichenden Kohlenmengen und passenden Kohlensorten, zum anderen Teil aber ist es eine Folge der stark verminderten Kaufkraft sowie weltwirtschaftlicher Zusammenhänge. Die Aufnahmefähigkeit ist in gleicher Weise bei den öffentlichen Körperschaften, bei industriellen Unternehmungen und bei den Privaten zurückgegangen. Dies wird durch die schwierige Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden, die mit neuen Aufträgen sehr zurückhalten, sowie durch die neuen Steuern bewirkt zahlreiche Verbraucher, insbesondere des Mittelstandes, haben ihre Ersparnisse aufgezehrt. Indem die verminderte Nachfrage die Beschäftigung vieler Industriezweige beeinträchtigt, verschärft sie rückwirkend den Rückgang der Kaufkraft.

Eine ähnliche Wirkung geht von der Weltwirtschaftskrisis aus. Die deutsche Ausfuhr hat durch sie bereits empfindlich gelitten. Ferner sind bedeutende Warenbestände in Deutschland durch die Preisrückgänge am Weltmarkt entwertet. Vor allem aber unterstützt die Vorstellung, daß weitere Preisrückgänge zu erwarten seien, die Zurückhaltung der Abnehmer, so daß in vielen Fällen nicht festzustellen ist, welches der eigentliche Grund für den Nichteineingang neuer Aufträge ist. Von der Gestaltung des Markkurses wird es im wesentlichen abhängen, wie stark die Wirkungen der Weltwirtschaftskrisis auf die deutsche Volkswirtschaft sein werden. Eine Stetigkeit seiner Entwicklung wird als das beste Mittel betrachtet, um die deutsche Industrie vor der Beschäftigungslosigkeit zu bewahren, die angesichts der gegenwärtig geringen Auftragsbestände vielfach für möglich gehalten wird.

Deutsche Hypothekenbank (Aktiengesellschaft) in Berlin. Der Geschäftsgewinn des Jahres 1920 gestattet wiederum die Verteilung einer Dividende von 7½ Prozent. An Hypotheken wurden 27 889 124 Mark zurückgezahlt. Neue Hypothekendarlehn wurden in Höhe von 19 678 869 Mark und neue Kommunaldarlehn in Höhe von 4 100 000 Mark ausgezahlt. Gegen Ende des Jahres wurde eine neue vierprozentige Pfandbriefreihe (Serie 25) in Verkehr gebracht. Die in der Bilanz ausgewiesenen Hypotheken-Zinsrückstände von 1 132 000 Mark setzen sich aus Rückständen aus dem Jahre 1919 in Höhe von 174 856 Mark und aus solchen aus dem Jahre 1920 in Höhe von 957 144 Mark zusammen. An Kommunaldarlehnszinsen sind rückständig 207 561 Mark, und zwar aus dem Jahre 1919 30 776 Mark und aus dem Jahre 1920 176 785 Mark. Der aus dem Verkauf von Staatsanleihen und dem Verkehr in eigenen Schuldverschreibungen erzielte Gewinn wurde mit 282 789 Mark der Kriegsrücklage überwiesen. Ueber Gewinn- und Verlustkonto fließen der Kriegsrücklage weitere 200 000 Mark zu. Dagegen sind der Kriegsrücklage 25 216 Mark entnommen.

Die Zwangsbewirtschaftung der Kohle in England aufgehoben. Die englische Regierung hat die Aufhebung der Kontrolle über die Kohlenverteilung und die Festsetzung der Kohlenpreise beschlossen.

Harzer Werke zu Rübeland und Zorge zu Blankenburg a. H. Nachdem die Aktienmehrheit der Gesellschaft in den Besitz der Lothringer Gruppe übergegangen ist, beruft die Verwaltung der Harzer Werke zum 25. d. M. eine außerordentliche Generalversammlung ein, die Zuwahlen zum Aufsichtsrat vornehmen soll.

Akt.-Ges. für Chemische Industrie in Gelsenkirchen-Schalke. Von beteiligter Seite wird geschrieben: Da in letzter Zeit bekundete Interesse für die Aktien dieser Gesellschaft steht mit dem günstigen Geschäftsgang im Zusammenhang. Obwohl das Werk für mehrere Millionen Umbauten und Pflasterungen vorgenommen hat, besitzt die Gesellschaft bei einem Aktienkapital von 3 500 000 Mark an Depositen — nicht Bankguthaben — etwa 15 000 000 Mark, wobei zu berücksichtigen ist, daß das Werk bis auf 1½ Millionen abgeschrieben ist. Das Hauptprodukt ist Lithopone, ein vom Ausland besonders begehrtes Produkt, das selbst zur Zeit, als England ein Einfuhrverbot für deutsche Farbstoffe erlassen hatte, in England freigegeben war. Dieses wird aus Schwefelkiesresten gewonnen, die die Gesellschaft zum Teil aus einem Vertrag aus Friedenszeiten zum Preise von 3 Mark pro Tonne von der Chemischen Gesellschaft Bochum bezieht. Einen Teil an Schwefelkies liefert ferner die Gewerkschaft Sachsen, die aber selbst Lithopone herstellt und so der stärkste Konkurrent ist. Es laufen daher seitens der Gewerkschaft Sachsen und der Chemischen Industrie Gelsenkirchen Bestrebungen dahin, eine Interessengemeinschaft in irgendeiner Form abzuschließen. Eine in den nächsten Tagen stattfindende Aufsichtsratssitzung soll sich, wie weiter mitgeteilt wird, neben diesen Fragen auch mit einer Kapitalserhöhung befassen.

Norddeutsche Zuckerraffinerie A.-G. in Hamburg-Freistedt. Der Generalversammlung am 4. März wird die Verteilung einer Dividende von 15 (10) Prozent vorgeschlagen, außerdem die Erhöhung des Grundkapitals von 1½ auf 3 Mill. zum Kurse von 110 Prozent.

Vorbereitungen für die freie Getreidewirtschaft. In Schlesien wurden fünf Mühlenvereinigungen gegründet, die als Genossenschaften den Verkehr mit den Mühlen regeln und sich für die kommende freiere Getreidewirtschaft so einrichten wollen, daß die Mühlenvereinigungen die Träger der Mehlversorgung werden. Von den niederschlesischen Mühlen haben sich bis jetzt 82 Prozent aller Betriebe den Vereinigungen angeschlossen. Der Sitz des Verbandes ist Radeberg. Die Verhandlungen mit den Einkaufsvereinen sind sofort aufgenommen worden mit dem Ziele einer freieren und billigeren Brotversorgung.

Verantwortlich i. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Marsella; für den volkswirtschaftlichen und den örtlichen Teil sowie für Provinzialnachrichten: Eugen Printmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Seuchwanger; Gerichtsteil, Gerichtssaal: Dr. Karl Baer; für Sport: Curt Graf; für den Anzeigenteil: H. Geerlings. Verlag: Saale-Zeitung G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210205016/fragment/page=0003

Berliner Fondsbörse vom 4. Februar.

Die Börse verkehrte heute bei ruhigem Geschäft in leicht abgeschwächter Haltung, wobei sich jedoch die Kursverluste in engen Grenzen bewegten. Mangels besonderer Anregung hielten sich Publikum und Spekulation zurück, um so mehr, als die Devisenkurse ein unveränderties Aussehen zeigten. Dollarnoten wurden vor Feststellung der amtlichen Notiz mit 63⅝ à 63¼ gehandelt.

Der Montanaktienmarkt zeigte durchaus keine einheitliche Haltung. Stärker angeboten waren vor allem Phönix (— 1 und Harpener, aber auch Mannesmann, Deutsch-Luxemburg und Rheinische Braunkohlen waren rückgängig. Stärker erholt lagen dagegen vor allem Buderus nach den gestrigen Kursverlusten. Unwesentlich anziehen konnten Rheinstahl und besonders die oberschlesischen Werte. Von sonstigen Industriepapieren waren nur Rheinmetall begehrt, während Dynamit u. Koppel, Köln-Rottweiler und Deutsche Waffen angeboten waren.

Der Schiffahrtsaktienmarkt bildete heute eine westentliche Ausnahme von der Grundtendenz der sonstigen Börse. Er verkehrte in durchaus befestigter Haltung. Im Vordergrund des Interesses standen Argo-Dampf. die 40 pCt., und Norddeutscher Lloyd, die 10 pCt anziehen konnten.

Auch Elektrowerte durchweg rückgängig, wenngleich sich auch hier die Kursverluste in diesem engen Rahmen hielten.

Am Markt der chemischen Papiere konnten Goldschmidt und Badische Anilin ihren Kursstand behaupten, während bei den übrigen Papieren Verluste bis zu 6 pCt. zu verzeichnen waren.

Kalipapiere sowie Kalinebenwerte dagegen stärker angeboten. Mansfelder Kuxe wurden mit 4800 (—50) und Heldburg mit 275 genannt.

Am Markt der Petroleumwerte entwickelte sich ein lebhafteres Geschäft in deutschen Petroleum, die zeitweilig bis auf 2000 anzogen. Deutsche Erdöl wurden mit 1025 gehandelt.

Ein lebhaftes Geschäft entwickelte sich lediglich für die im freien Verkehr gehandelten Kolonialpapiere, wobei man weiterhin große hamburgische Käufe beobachtete. In erster Linie waren Pomona gefragt, die um 600 bis auf 4600 anziehen konnten, ebenso waren Sloman mit 2150 (+ 100) befestigt. Kolonialanleihe mit 2000 und Südsee mit 1050 gefragt. Von dieser festen Haltung konnten auch die übrigen Kolonialpapiere Nutzen ziehen, so daß Otavivorte um 20 bzw. um 13 M. anziehen konnten.

Valutawerte wenig verändert, doch vorwiegend befestigt. Besonders Schätzung bis auf 537 anziehend. Die von Wien abhängigen Werte rückgängig.

Der heimische Rentenmarkt zeigte keine einheitliche Haltung. Während 5proz. und 3½proz. Reichsanleihen eine Kleinigkeit anziehen konnten, mußten die 4proz. Reichsanleihen und die Preuß. Konsols durchweg, wenn auch unbedeutend, nachgeben. Oesterreicher geschäftslos, Ungarn leicht abgeschwächt. Valutarenten dagegen weiterhin stark anziehend, besonders die 4- und 5proz. Mexikaner (+5o).

Am Kassamarkt für Industriepapiere, der vorwiegend schwach war, wurden höher: Rheia, Spiegelglas 14, Ver. Glanzstoff 15, Dittmann-Neuhaus 18, Stadtberger Hütte 21, Niedriger: Deutsche Schachtbau 22, Kronprinz Metall 19, Plauener Tüll 38, Busch Optische 17, Erdmannsdorfer Spinnerei 19, Baroper Walzwerk 10 Wilke 18, Seebeck 26, Balcke Maschinen 50 pCt.

Im weiteren Verlauf der Börse bröckelten die Kurse leicht ab So 250 Stellen Harpener 458 nach 455, Oberschlesiert 285 nach 286, Rheinstahl 540 nach 543, Goldschmidt 806 nach 820 und Orenstein 532 nach 533. Dagegen waren leicht erholt Phönix (587 nach 586) und Augsburg-Nürnberg (382 nach 377).

Nachbörslich waren noch erhebliche Kursabschwächungen, besonders für Montanwerte, zu verzeichnen.

Täglliches Geld 4½ pCt.

Barrengold 35 790—36 250. Goldstücke 250—55 M.

Marknotierungen heute: Zürich 9,95, Amsterdam 4,65.

Kosciuszkokonoten wurden heute mit 7,92a 7,85 gehandelt. Das bedeutet gegen gestern eine leichte Erholung.

Kurszettel

der Berliner Börse vom 4. Februar.

Die Zahlen vor den Kursen bedeuten bei den festverzinslichen Papieren den Zinsfuß, bei den Aktien die Dividende ausgezahlte Dividende.

Deutsche Anleihen

	Heute	Vortag
D. R.-Anl. ausl. 24	5	5
do. do. 4	68,60	68,60
do. do. 3	65,10	65,00
do. do. 2½	57,25	57,25
D. Sp.-Pr.-Anl. 12	85,00	85,00
Pr. St.-Schz. 21	100,00	100,00
do. ausgelos. 14	87,00	87,00
Pr. ens. Anl. ab.	66,90	67,25
do. Staff.-Anl. 3½	57,00	57,30
do. do. 3	55,70	55,80
do. do. 3	53,75	54,50
Bad. St.-Anl. 01	77,00	71,75
Bayer. St.-Anl.	62,75	63,75
do. do. 3½	67,25	68,50
do. Eisb. Obl. 3	61,30	61,00
Bremen 1919 4½	98,50	98,50
do. A. 06,09 4½	96,75	96,80
do. 1887-99, 05 3½	63,25	63,25
Hamb. Str.-Rte. 3½	63,25	68,50
do. do. 1910 4½	93,25	93,00
Meckl. Ld. A. 14	4	4
Oldb. St.-A. n. 12	88,00	86,00
Sächs. St.-A. 19	72,00	72,50
do. St.-Rente 3	57,50	57,50

Preußische Pfandbriefe

Berliner neue 4	94,60	94,60
do. neue 3½	83,00	83,40
do. alte 3	—	—
Brdb. Pfdbr. Bl. 4	97,25	97,25
Kur- u. Nm. neu 3½	—	—
do. do. Km.-O. 4	99,50	99,50
Lüchflf Cent 4	98,25	98,50
do. do. 3½	85,25	85,00
do. do. 3	73,50	73,50
Ostpreußische 4	89,00	89,00
do. do. 3½	76,00	76,30
do. do. 3	74,20	76,50
Pommersche 4	99,75	100,00
do. do. 3½	85,20	85,00
Posen neue 4	100,00	100,00
Sächs. neue 4	99,00	100,30
Schl. Hldschaft A. 4	100,75	103,75
Schl. Hol. L. K. 4	102,50	102,50
Westfälische 4	87,50	88,25
Westpr. ritterschl. 4	61,00	62,70
do. neuländsch. 3½		

Prämien-Anleihen

Brsch. w. 3 T. L. 3	—	493,00
Hamb. 50 T.-L. 3	—	—
Oldbg. 40 T.-L. 3	—	169,00
Meinin. 7 Fl.-L.	—	99,50
Augsb. 7 Fl.-L.	—	91,00
Cöln.-Mp.Pr. A 3½	—	169,50

Hypothekenb. Pfdb.

Berliner 31.9.20 4		95,10
do. 321.22.uk. 23 4½	100,00	100,00
4 S. 1.4.7.8.13.14 4	94,10	94,00
do. S. 1 4	92,50	92,40
Brdb. Girovrb. 4½	100,50	100,60
D. Hyp.-B. Berl. S. 24 unk. 28 4	102,00	102,00
do. S. 1 u. n. 4	93,00	93,50
Goth. Grdk. A. 2 4½	162,00	—
do. A. 3.4. rz. 110 3½	—	—
do. A. 7 4	97,25	97,50
Hamb. Hyp.-B. 4	97,10	97,75
do. S. 1-195. 801 3½	83,10	83,25
Meinin. Hyp. W. 3	—	—
do. S. 1—7 4	95,10	95,00
Mekinb.-Strel 4	96,50	96,50
do. 3½	85,20	85,00
Meining. Hyp. 4	97,25	97,25
Nd. Grdk. S. 3 4½	92,50	92,50
do. S. 7—9 18 5½	80,00	80,00
Pr. Bdk. S. 3. 13. 14-21 4	92,50	92,50
do. S. 11-18 kv. 3½	80,50	80,50
Pr. Ctr. 18 1898 4	92,80	92,40
do. 1904 4½	95,00	95,00
P.-H. A.-B. 04-09 4	91,45	91,50
P.-P.-B. S. 18-21 4	92,20	92,20
R.W.B. S. 17-7 A 4	97,00	96,50
Sächs. Bdkr. S. 3 4	—	—
Schl. B.-B. S. 1-4 3½	80,00	79,75

Stadtanleihen

Berl. 04. S. 24. 22 4	—	94,50
do. 1882 3½	85,00	85,00
do. 1886 3½	81,00	78,50
do. Hdlsk. Obl. 3½	—	—
do. Stadtgrundk. Anl. 99. 03. 12 4	68,00	68,00
do. do. 99. 04. 06 3½	56,75	—
Breslau 06. 09 4	—	—
do. 1880 3½	—	—
Charlotth. A. 12 4	75,00	75,00
Cöln 1909 4	92,00	92,00
Cöln 1910. 06. 08 4	92,00	93,00
Dresd. 1900. 08 4	84,00	84,00
do. 1899. 92. 7½ 3½	—	—
Düsseldorf 4	87,50	87,50
Essen 1901 4	—	—
Frankfurt a. M. 1906. 7. 8. 10. 11 4	99,50	99,50
do. 99. 01. 03 3½	86,50	86,25
Königsberg 4	77,00	77,00
Lichtenb. (Bl.) 4	71,90	72,00
Lichterf. (Bl.) 3½	—	—
Magdeburg 4	—	—
Mainz 1900. 5. 7 4	85,00	86,75
Mannheim 1914 4½	—	—
München 1899 4	—	—
do. 1903. 04 3½	—	94,10
Nürnb. 99. 02 04 4	84,00	—
Nonnenich. (B.) 3½	—	—
Schöneberg (Bl.) 1904. 07. 09 4	—	79,00
Stettin u. 22-28 4	81,00	—
Stuttgart 1899 4	91,25	91,25
Wiesbaden 3 u. 4	—	—
do. 1888 3½	—	—
Wilmd. (Bl.) 99 4	77,80	—

Ausländische Anleihen

	Heute	Vortag
Bosn. E. 14 u. 19 5	85,00	85,00
Grisch. Monop. 4	—	330,00
do. Gold-R. 86 4	—	—
Mexik. Anl. 99 5	707,00	650,50
do. 1904 4200 M. 4	494,50	470,00
Oest. St. Sch. 14 3½	33,50	—
do. amort. E.-A. 4½	21,75	21,75
do. G.-R. 100 0 G. 4	46,00	46,50
do. Kron.-Rente 4	—	—
do. ev. Rt. I. E 4	—	24,00
Rumän 1903 5	135,00	135,00
do. 1913 4½	120,00	120,00
do. 1880 4	102,00	102,00
do. konv. 4	97,30	99,00
do. 1906 4	103,50	110,00
Türk. Adm. A. 5	83,50	84,50
do. Bagd. Eisb. I. 5	150,00	153,00
do. unifiz. 0306 4	—	—
Ung. St.-Anl. 1910 4	7,040	7,325
do. do. 1908 4	70,50	72,00
Ung. St.-Rt. 18 4½	20,60	21,00
do. do. 1914 4½	21,50	22,00
do. G.-R. 2025 M. 4	49,50	49,75
do. St.-R. 1910 4	20,10	22,30
do. Kron.-Rn. 4	20,25	20,60
Serbische 1911 4	63,90	67,00
Bud. Anl. 1914 4½	41,25	41,50
Lissab. 86 S. 2 4	119,00	119,00
Sofia Stadt 5	110,00	110,50
Wien Inv.-Anl. 4	30,00	30,50
do. Stadt 1898 4	20,00	19,00
Chil. Hyp. G. P. 15	676,00	660,00
Mex. Bew. Ges. 14 5	462,00	131,00
Portugiesische Pt. 3	22,50	21,00

Ausl. Eisenb.-Oblig.

Anatol. 4½	132,00	132,50
Mazedon. 5	115,00	114,00
Oest. St. 1 V. I. S. 4	—	—
Südbetrer. 2½	67,50	68,00
do. neu 3½	50,00	51,50
do. 3	36,00	36,00
do. E. 4	23,50	24,00
Denver Rio 1. 5	—	212,00
Mex. Nat. W. Mex. 4½	450,00	445,00
Tehuantepec 5	460,00	427,00
do. 4½	412,00	384,00

Industrie-Obligationen.

A.-G. L. Anfl. 09 4½	—	—
Ag. Elekt. S. 6-8 4½	104,00	102,60
do. do. S. 1-5 4½	94,00	94,75
Bergm. Elektr. 4½	99,40	98,50
Bl. El.-W. 05, 06 4	86,25	86,00
do. 1901, 06. 11 4½	85,00	85,00
Brl. Kaiserh. 06 4½	—	97,00
do. do. 1908 5	—	—
Dt.-Ueberes. El. 5	—	—
Dtsch. Kabelw. 5	105,00	106,00
do. do. 1900 4½	—	—
Dtsch. Eisenbl. 4½	104,00	104,00
Elektr. Anl. 12 4½	—	—
do. Liefer. 14 5	96,50	96,30
do. do. 00, 08, 10 4½	84,50	86,75
do. Südwest 4½	93,25	93,25
do. do. 4	85,80	84,75
El. Licht u. Kr. 5	160,50	100,75
do. do. 00, 1 4½	95,00	94,50
Ges f. el. Unt. 4	84,50	92,00
do. do. 11. 06 4½	91,90	92,00
Hdlsg. I Grdb. 5	89,10	93,25
Hirsch. Kupf. 4	102,00	—
Leo. Gas & Co. 4½	99,40	99,40
Neue Bodenag. 4	69,00	69,00
do. 1910 3½	—	—
Patenhof. Br. 4½	—	—
Julius Pintsch 4½	—	—
Siemens el. Bl. 5	101,00	—
do. 1901 4	—	—
Siem. & Halske 4½	101,25	101,00
do. do. 98 4	91,25	93,00
Siem. Schuckt. 4½	99,50	100,00
do. 1910 4½	97,00	99,00
Zoolog. Garten 4½	77,00	—
do. do. 1880 4	—	—

Deutsche Eisenb.-Akt.

Aachen-Mastr. 0	—	—
do. Genußsch. —	—	—
Brnschw. L.-E. 0	98,25	98,50
Brölthal 0	—	30,00
Crefeld. Eisen 0	—	—
Elektr. Hochb. 5	108,00	107,25
do. Sprcz. Vrz. 5	103,75	103,75
Erl. Eb. I. A. 4	—	—
Halberst.-B. K. 0	83,50	81,00
Halle-Hst. L. A. 0	58,50	58,50
Hannover. St. 0	—	—
Lüb.-Büchen 8	168,00	169,87
Niederlausz. El. 5	—	63,25
Nordb. W. L. A. 0	—	—
Schant. Genußt.	1675	1850

Kleinbahn-Aktien.

A. E. G. schneid 4½	—	—
do. Vrz. Lit. A. 5	56,50	56,00
Allg. D. Kleinb. 0	93,50	93,00
do. Lok. u. Strb. 6	108,50	110,00
Dt. Eisenbahnbr. 7	113,00	113,00
Gr. Berl. Strb. 10	85,00	85,00
Hann. Stb. Vrz. 6	92,25	93,50
Magdeb. Strb. 4	122,00	125,00
Nordd. Eisenbahn 0	—	—
Stett. Strabb. 5½	—	—
Südd. Eisenb. 0	106,25	106,00
Ver. Eb. Betr. Vrz. 0	36,25	36,00

Schiffahrts-Aktien.

Hamb. Reed 36	241,00	249,00
Kopenh. D. L. C. 60	—	—
Schl. Dampf. C. 12	620,00	611,00
Ver. Elbeschiff. 0	390,00	395,00

Bank-Aktien.

Barm. Bank-V. 4	168,50	168,00
Berl. Handels-G. 6	230,00	233,00
Berl. Hyp.-Bk. 9	111,00	111,25
Berl. Kass.-V. 5½	138,00	138,00
do. Makler-V. 4	168,00	167,00
Brasil. Pk. f. D. 15	549,50	556,00
Braunschw. Bk. 5	170,25	170,25
Brem. H.-B. 8½	169,00	—
Centrallf. f. Eb. 0	—	—
Chem. Bk. V. 9	199,00	199,00
Dans. Privatb. 8	139,00	139,00
Dresdner Bank 7	150,00	154,00
Dt. Asiat. Bk. 0	458,00	451,00
Dt. Ansiedl. Bk. 8	—	—
Dt. Eff. u. Wechs. 6	—	—
do. Hyp.-B. Brl. 7½	140,00	141,00
do. Nat.-B. Bm. 8	201,00	201,00
do. Palästin. 5½	—	—
do. Wollkäm. 20	690,00	700,00
Essen Kred.-A. 9	162,00	150,00
Gothaer Grdk. 9½	—	189,00
Hamb. Hyp.-B. 10	166,00	167,00
Hamb. Hyp.-B. 10	197,00	193,50
Hannov. Bank 8	210,00	210,00

Hildesheim. B. 0	—	—
Immob.-V. Berl. 4	150,00	150,00
Kiel. Bank 6	168,00	165,50
Lpz. Kred.-Anst. 8	184,75	184,75
Luxemb. Inter. 0	285,00	285,00
Meckl. Bank 6	—	—
do. Hp.-u. Wchs. 0	—	—
do. Strel. Hyp. 8½	—	—
Meinz. Hypoth. 7	158,50	155,00
Mitteldt. Bdkrd. 0	—	—
do. Privatbank 9	203,60	206,00
Nordd. Grdk. 0	122,50	122,50
Osnabrück. B. 0	155,00	194,00
Ostbk. f. H. u. G. 7	134,50	134,25
Pfälzische Bk. 8	60,50	60,50
Pfälzische Bk. 8	139,00	159,75
do. Hyp.-Bank 9	—	—
Posen. Prov.-B. 7	—	—
do. do. 8	142,00	142,00
do. do. Vrz. 5	170,25	170,50
do. do. Lit. C. 7	131,00	131,75
do. do. Lit. F. 7	106,00	105,75
do. Pfandbr.-B. 7	142,75	142,75
Reichsbank 8½	151,00	151,50
Rheinb. Hyp.-B. 7	—	—
do. Kredit-Bk. 6	169,75	167,25
do. West. Bod. 6	131,00	131,00
Sächsische Bk. 14	280,00	280,00
do. Bod.-Kr.-B. 7	—	149,00
Schles. Bodenkr. 7	123,00	123,00
Schles. Bkv. 0	—	—
do. Landb. 5½	140,00	—
Südd. Bodenkr. 8	—	—
do. Diskont.-G. 8	159,25	145,00
Vereinsbk. Hbg. 0	—	—
Westd. Bod.-K. 6	85	85
Wien. Bank.-V. 8	42,75	43,00
do. Union Bk. 12	33,00	33,00
Württ. Bank. A. 0	—	—
do. Vereins-B. 7	167,00	—

Brauereien.

Berl. Kindl-B. 16	358,00	—
do. St.-Pr. 18	358,00	355,00
Böhm. Brauh. 9	—	—
Bolle Weißb. 5	—	—
Deutsche Bier	204,00	202,50
Engelhardt 15	372,00	357,50
Friedrichshain 0	184,50	183,50
Germania 0	—	—
Königstadt 0	—	—
Lasch Berl. Wiß. 8	255,00	258,50
Löwen-Brau. 8	320,00	320,00
Patzenhofer 12	—	—
Schönebl. Schlß 0	253,25	240,50
Schultheiß 14	350,00	353,00
Tivoli 0	—	182,00
Wernerwerke 0	320,00	305,00
Sinner-Br. n. P. 12	600,00	598,00

Industrie-Aktien.

Aachen. Led. 0	500,00	550,00
Asch. Spinn. 12	594,50	600,00
Bergm. Fabr. 17	600,00	610,00
Adl.-Portl.-Cl. 6	280,00	298,00
Adl. & Oppenh. 0	585,00	588,00
Aschersleben Gl. 20	464,00	448,00
A.-G. f. B.-Anst. 14	248,00	245,00
do. f. Bürst.-I. 15	290,50	324,50
do. f. Papp.-P. 28	330,00	330,00
do. f. V. r.-W. 20	175,50	705,00
Alexander-W. 12	276,50	294,50
Alfeld-Gron. P. 23	360,00	360,00
Altenb. Masch. 0	137,00	137,00
do. Bod.-Akt. 0	44,00	44,00
do. Hamb.-G. 0	103,00	102,00
Altenb. Mtl. 0	438,00	412,00
Aluminium-I. 18	—	—
Amme, Ges. 15	360,00	360,00
Ammend. Pap. 0	130,00	140,00
Anh. Kohlenw. 10	310,00	312,00
do. Vorz.-A. 6	124,00	124,00
Anker Werke 12	298,00	305,00
Annaby. Stng. 25	638,00	639,00
Annen. Gußst. 20	—	—
Apth. A. V. I. B. 0	410,00	411,00
Asterlederfabr. 35	325,00	327,00
Arenb. Bergb. 15	1025,0	1035,50
Arnsdorf. Pap. 0	75,00	70,50
Aschaffb. Pap. 25	535,50	521,00

Bachm. & Lad. 20	620,00	641,00
Baer & St. Mt. 35	880,00	880,00
Bamb. Fahrr. 0	208,00	212,00
Bamberg. Mtl. 0	—	—
Bk. f. Bg. u. Ind. 0	67,25	67,25
Berg. Stahlw. 0	409,00	408,00
Bergw. Wasserw. 13	990,00	993,50
Bertr. & Co. 25	429,00	437,00
Bismk. Ges. G. 12	440,00	450,00
Bochum. Ges. St. 0	—	—
do. Kaiz. Wilh. 0	150,00	151,50
do. f. Mittelw. 0	—	—
Bad. Anilin 20	—	—
Bauv. Weißms. 8	611,00	611,00
Bayer. Cellul. 20	699,00	720,00
Bd. Maschf. Ind. 0	—	230,00
do. Spiegel 40	531,00	540,00
Bay. Gen. Sch. 160 M	940,00	940,00
Berl. Kraftw. 20	650,00	650,00
J. P. Bemberg 0	529,00	518,00
Bendix Holzb. 6	190,00	197,00
C. Berg Eisch. 0	350,00	355,00
J. Berger Pfb. 20	350,00	354,00
B. Amb Masch 12	261,00	263,00
do. Cement 0	—	—
do. Gummiw. 0	80,00	80,00
do. Dmpfmühl. 10	346,00	—
do. Elektr.-W. 10	242,00	242,75
do. Vorz.-A. 4	94,00	94,75
do. Gub. Hutfb. 30	780,00	786,00
do. Holz-Cmpt. 12	335,00	345,00
do. Jut Sp. 0	220,00	225,00
Bielefelder Masch. 0	359,50	373,25
do. Ne Kst. V.-A. 15	243,00	250,00
do. Sped.-Ver. 21	419,00	415,50
Bing, Nürnb. 0	350,00	350,00
Berlinold Mess. 12	363,00	364,00
Berzel. Berg 12	319,00	297,00
Bing. Bkg. Ges. 0	325,00	340,00
Bing. Bkg. Aut. 18	288,00	293,00
Birkenw. Vrz. m	—	—
Blumenf. Velt. 17	290,00	240,00
Bodenbach. Gl. 12	470,00	470,00
Bod. Hchb. Sch. 0	61,00	62,50
Boeddinghaus 26	384,00	380,00
Borsig Brauntz. 6	468,00	460,00
Borsigwld. T. 0	115,50	115,00
Br.-Lichf. B 7½	390,00	401,00
do. Gorzan 20	350,00	379,00
Br. Strehl Cem. 10	560,00	566,00
Brün & Billing. 8	355,00	378,50
C. Gundlach 12	230,00	267,00
A. Gum. Masch. 0	245,00	245,00
	142,00	144,75

Haberm. & G. 0	300,00	314,75
Berkethal Dt. 0	350,00	528,00
Hagelberg W. 0	483,00	444,00
Hall. Maschin. 8½	1145,0	1135,0
Hb. Elektr.-W. 8	—	—
F. H. Hammers. 20	—	—
Hdlsg. f. Grdb. 0	—	—
Hdlst. Bellecll. 7	—	—

Capito & Klein 25	790,00	785,00
Carlsh. Altw. 15	205,00	—
Caroline, Brk. 0	618,00	227,00
Cart. Lorenz. 20	460,00	465,00
Chem. F. Buck. 10	—	—
do. St.-Prior. 10	—	—
Chem. Grünau. 12	305,00	330,00
Chem. Heyden. 12	410,00	412,00
Chem. Milch. 0	411,00	405,00
Chem. Schlesien. 0	370,00	410,00
Chem. Weiler. 12	363,00	370,00
Chin. Ind. Gelsch. 25	775,00	848,50
Chr. Werke Alb. 30	—	899,00
Chr. Werke Stgt. 0	318,00	319,50
Chem. W. Zim. 10	287,00	295,00
Concord. Brgb. 22	449,00	496,00
Conf. Gebr. 0	600,00	605,00
do. Spinnerei 16	297,00	300,00
Cons. Schalke 12	712,00	713,00
Cont. Caoutch. 20	313,00	325,00
Crölw. Papier 15	387,00	390,00

Delmenh. Lin. 0	240,00	248,75
Dessauer Gas 15	246,00	240,00
Dtsch. Atl. Tel. —	240,50	262,50
do. Niederl. Tl. 0	240,50	250,00
do. Siliam. Tel. —	230,00	235,00
do. Obs. El. V. A. —	—	—
do. Asphalt-G. 4	375,00	380,00
do. Indiaw. Gl. 12½	785,00	790,00
do. Eb. Signalw. 0	—	—
do. Erdöl 15	1099,0	1100,0
do. Gußstahlw. 15	270,00	290,00
do. Jute-Spinn. 25	430,00	449,00
do. Kabelwerk. 15	375,00	375,0
do. Kunstleder 15	245,00	249,00
do. Schamott. 12	590,50	592,00
do. Spiegelglas 25	574,00	575,00
do. Steinzeug. 0	302,00	301,00
do. Ton u. Stzw. 15	340,00	342,75
do. Wasserwk. 5	165,00	166,00
do. Wollenwaw. 30	455,00	463,0
Dtsch. Eisenh. 15	316,50	318,00
D. W. Dinnend 15	310,00	315,50
Ditm.-Nu. & G. 8	798,00	789,0
Dommit. Tex. 20	335,00	375,00
Donersmarck 15	760,00	768,50
Döring & Lm. 6	219,00	216,00
Dürn. Metall 15	560,00	570,00
Dinkopp Wk. 0	540,00	540,00
Düssd. Weyer 14	450,00	449,75
do. Elsm. O. Brkt. 8½	—	—
do. Eisenbütte 0	425,00	485,00
do. Kammgarn 8	—	—
do. Maschinenb. 15	350,00	373,00
Dur. Kohl. V. 10	—	—

Eckert Masch. 10	295,00	293,50
Egestorf Salz 12	415,00	435,00
Eilenb. Cattun 20	300,00	—
Einbeck. 0	700,00	711,00
Eisenb. Verk. 45	450,00	—
Eisenerz A.-G. 0	169,50	173,75
Eisenp. Verbrd. 0	450,00	458,00
Elsenh. Silesia 14	275,00	—
Elsenw. Kraft 6	778,00	752,00
do. L. Meyer Jr. 10	485,00	488,50
Electra Dresd. 5	154,75	168,75
Electricit.-Anl. 5	—	122,50
do. f. Liefer.-G. 12	207,00	218,50
do. f. Legnin 12	141,00	141,50
do. Unter. Ztrl. 0	—	122,50
Els. Bad. Wollf. 25	535,00	541,00
Emdn. Schiffb. 0	381,00	392,00
Emailliw. Ullr. 9	—	358,00
Erdmannsd. Spl. 12	260,00	240,50
Erinn. Bergw. 12	380,00	388,00
Esch. Bergw. 12	320,25	325,00
Essen. Steinw. 12	350,00	410,00
Excels. Fahrr. 15	305,00	318,50

Faber Bist.-F. 20	415,00	400,00
Fagon Mannst. 9	—	—
do. Vorz.-Akt. 15	—	—
Fahrzeugf. 0	—	453,00
Falkenst. Gard. 30	224,75	232,25
Fein-Jutt. Segl. 12	325,00	327,00
Felten & Guill. 20	382,00	387,00
Filt. u. Brt. Mt. 15	468,00	490,00
Finkenh. Port. 6	—	314,00
Fischer & Co. 15	330,00	330,00
Flöther Masch. 20	420,00	424,75
Frankf. Chaus. 0	100,25	101,00
do. Gas	—	—
Fraust. Zuck. 24	439,50	439,00
Fraust. Zuck. 24	790,00	799,00
Freund Masch. 10	291,00	303,00
Friedrich Gas 0	—	—
Friedrichshütt. 25	1076	1075
F. Fristerv. A. 10	293,00	305,00
Froebein Zuck. 12	784,00	805,00

Gaggen. V. A. 12	234,00	234,00
Gannel Dem. 12	236,00	243,50
Gebhard & Co. 25	—	580,00
Gebhard & Kön. 0	345,00	350,00
Gebr. Bing. 0	—	—
Gelsenk. G.-M. 11	465,00	474,00
Genschow & C. 16	304,25	318,00
Georgs Mar. 0	323,00	322,00
G. Fr. Reon. 18	545,00	551,00
Germ. Pt. Cmt. 12	303,00	332,50
Gerresh. Glasfb. 19	639,50	616,75
Gesfürel. Stahl 0	336,00	350,00
Gildemeist Co. 22	520,00	522,00
J. Girmes & Co. 25	526,00	449,50
Gladbach. Spin. 0	—	360,00
do. Wollf. Jost. 10	—	—
Gladenb. & S. 10	254,00	265,00
Glasm. Schön. 12	921,00	920,00